



Landesverteidigungsakademie
Wien

BOSNIEN UND HERZEGOWINA NACH DER OKTOBER-WAHL: MORE OF THE SAME?

Predrag Jureković

Die gesamtstaatliche Wahl in Bosnien und Herzegowina brachte nicht die erhoffte politische Wende. Trotz Zugewinnen für moderate und multiethnische Parteien gingen abermals nationale und nationalistische Parteien als Wahlsieger hervor. Unter diesen politischen Rahmenbedingungen ist ein konstruktiver Neubeginn fragwürdig. Eine pro-aktive Politik der EU ist notwendiger denn je.

Wichtige regionale Bedeutung

Im Rahmen der Friedenskonsolidierung in Südosteuropa spielt Bosnien und Herzegowina (BiH) eine besondere Rolle. Neben dem Kosovo ist es das einzige der in den neunziger Jahren vom Kriege betroffenen Gebiete des früheren Jugoslawien, in dem noch immer eine Art internationale Kontrolle stattfindet und Friedenstruppen stationiert sind. Der „Westen“, sprich die EG/EU und die USA, haben nach dem Friedensschluss von Dayton/Paris (November/Dezember 1995) eine besondere Verantwortung für die Nachkriegsentwicklung in BiH übernommen. Es gab ein klares Bekenntnis aus Brüssel und Washington, diesem multiethnischen Land mit seinen konstitutiven Volksgruppen, den muslimischen Bosnjaken, den orthodoxen Serben und den katholischen Kroaten beim neuerlichen Zusammenwachsen substantiell zu helfen. Der Nationalismus sollte zurückgedrängt und BiH auf eine zukünftige Mitgliedschaft in der EU und NATO vorbereitet werden.

Langjährige Obstruktion und Stagnation

Eine längere Phase der Fortschritte in der Stärkung der gesamtstaatlichen Institutionen (1999-2005) war hauptsächlich auf die protektoratsähnlichen Interventionen des High Representative der internationalen Staatengemeinschaft zurückzuführen. Nach einer misslungenen Verfassungsreform verstärkten sich ab 2006 wieder die politischen Antagonismen zw. den nationalen Politikern und der ethnisch-religiöse Nationalismus im Allgemeinen. Die Entscheidung der westlichen Repräsentanten im sog. Friedensimplementierungsrat, ihren „Hüter“ für die Implementierung des Dayton-Abkommens, den High Representative, trotz der formalen Beibehaltung seiner umfangreichen legislativen und exekutiven Vollmachten de facto zu entmachten und auf die Eigenverantwortlichkeit der BiH-Politiker zu vertrauen, erwies sich als Fehler.

In dem von Serben dominierten Staatsteil Republika Srpska verfolgte die dortige politische

Führung in der letzten Regierungsperiode (2010-2014) – ohne nennenswerte westliche Reaktion – eine offen separatistische Politik und verstieß damit vehement gegen das Friedensabkommen von Dayton. Der zweite Staatsteil, die Föderation BiH, wurde im gleichen Zeitraum durch permanente politische Krisen paralysiert. Ihre Ursachen waren hauptsächlich klientelistische Machtkämpfe zwischen den relevanten politischen Parteien in der Föderation und die – aus kroatischer Sicht – politische Dominanz der Bosnjaken in diesem Staatsteil von BiH. Während sogar Prishtina und Belgrad im Kontext der EU-Annäherung Kosovos und Serbiens sich 2013 auf ein Abkommen zur Entschärfung der gefährlichen Nordkosovo-Problematik einigen konnten, waren die bosnisch-herzegowinischen Politiker bisher nicht im Stande, die wenigen EU-Bedingungen zu erfüllen, damit BiH zum Kreis der Beitrittskandidaten in der Region aufschließen kann.

Hoffnungsträger Zivilgesellschaft

In der Föderation BiH gab die Zivilgesellschaft im Frühjahr dieses Jahres ein starkes Lebenszeichen, indem in zahlreichen sozialen Protesten gegen die Unfähigkeit der nationalen Politiker demonstriert wurde, die schlechten ökonomischen und sozialen Bedingungen für die Bevölkerung zu verbessern und eine gemeinsame Vision des Gesamtstaates zu entwickeln. Da es nicht im ausreichenden Ausmaß zu Solidaritätskundgebungen im Staatsteil Republika Srpska kam und die Proteste hauptsächlich auf Grassroots-NGOs in der Föderation beschränkt blieben, verloren die Kundgebungen nach wenigen Wochen an Kraft und politischer Bedeutung. Die Hoffnungen enttäuschter Bürger und westlicher Politiker auf einen politischen Neubeginn in BiH richteten sich deshalb auf die gesamtstaatlichen Wahlen, die am 12. Oktober abgehalten wurden.

Geringere Wahlbeteiligung als 2010

Politische Analytiker aus BiH hatten schon

vor der Wahl die Hoffnungen auf eine spektakuläre Veränderung der politischen Kräfteverhältnisse gedämpft. Dazu wäre ihrer Meinung nach – wegen der in BiH massiv vorhandenen politischen Vetternwirtschaft – eine Wahlbeteiligung von mindestens 65% notwendig gewesen, um eine kritische Masse zu erzeugen. Obwohl bei dieser Wahl mehr Personen im Wählerregister eingetragen waren als bei der Wahl 2010 sank die Wahlbeteiligung sogar prozentuell. Im Jahr 2010 waren noch 56% der registrierten Wähler zu den Wahlurnen gegangen, bei der aktuellen Wahl lag die Wahlbeteiligung bei nur noch 54%. Viele Menschen in BiH sind mit ihrer sozialen und wirtschaftlichen Situation unzufrieden. Sie sind auch immer stärker bereit, – wie im Frühjahr 2014 – gegen Missstände zu demonstrieren, auf eine politische Wende hoffen sie aber anscheinend nicht mehr.

Gewählt wurden am 12. Oktober das aus einem bosnjakischen, kroatischen und serbischen Mitglied bestehende dreiköpfige kollektive Staatspräsidium, die Abgeordneten des gesamtstaatlichen Parlaments, der Parlamente der beiden Staatsteile (Entitäten), die parlamentarischen Versammlungen der zehn Kantone des Staatsteils Föderation BiH sowie der Präsident und Vizepräsident des Staatsteils Republika Srpska.

Hauptfokus Republika Srpska

Von besonderem Interesse war für politische Beobachter der Ausgang der Wahl in der Entität Republika Srpska. Der Parteichef der dortigen Regierungspartei „Allianz der Unabhängigen Sozialdemokraten“ (SNSD) und Präsident der Republika Srpska, Milorad Dodik, zählte wegen seiner nationalistischen Rhetorik und der Obstruktionspolitik seiner Parteifunktionäre in den gesamtstaatlichen Institutionen zu den Hauptverantwortlichen für die politische Dauerkrise in BiH. Mit seiner in den letzten vier Jahren oftmals geäußerten Drohung, bei der ersten passenden Gelegenheit die Republika Srpska in die staatliche Unabhängigkeit führen zu wollen, ver-

größerte er vor allem das Misstrauen auf bosnjakischer Seite. Konstruktive Kompromisse, die allen Bürgern von BiH zugute kommen würden, wurden durch ein solches Verhalten erschwert. Außerdem gilt Dodik in BiH als politisches Symbol für eine extreme Vetternwirtschaft, die nur Parteigünstlingen den Zugang zu guten Jobs im öffentlichen Bereich verschafft.

Wahlerfolg mit Abstrichen für Dodik

Das Oppositionsbündnis „Allianz für den Wandel“ formierte sich während des Wahlkampfes in der Republika Srpska als Gegenbewegung zu Dodiks SNSD und den mit ihr verbündeten Parteien. Der Oppositionsallianz gehören sehr unterschiedliche Parteien an. Führende politische Kraft ist darin die ursprünglich sehr nationalistische „Serbische Demokratische Partei“ (SDS), die sich jedoch unter einer neuen Parteiführung um eine gemäßigte Ausrichtung als Mitte-Rechts-Partei bemüht. Ihre Bündnispartner für die Wahl waren vor allem die moderaten Zentrumsparteien „Partei für Demokratische Prosperität“ (PDP) und die „Demokratische Volkspartei“ (NDP). Im Unterschied zu Dodiks polarisierender Wahlrhetorik setzte die Opposition auf wirtschaftliche Themen und die Korruptionsbekämpfung. Den Parteien aus der Föderation wurden konstruktive Beziehungen angeboten.

Dodik und seine Partei verloren im Vergleich zur Wahl 2010 zwar viele Wählerstimmen an die Opposition, blieben jedoch auf fast allen politischen Ebenen die dominante politische Kraft aus der Republika Srpska. Nach den von der Zentralen Wahlkommission veröffentlichten vorläufigen Ergebnissen besiegte Dodik knapp seinen oppositionellen Gegenkandidaten Ognjen Tadić im Rennen um das Amt des Präsidenten der Republika Srpska mit 46,8% zu 45,2%. Als stimmenstärkste Partei (33%) hat Dodiks SNSD wieder gute Chancen gemeinsam mit verbündeten Parteien in der Nationalversammlung der Republika Srpska eine Parlamentsmehrheit zu bekom-

men. Auch im gesamtstaatlichen Parlament wird die SNSD mit einem vorläufigen Wahlergebnis von 39,4% wieder die meisten serbischen Abgeordneten stellen, gefolgt von der SDS mit 33,6%.

Allerdings hat Dodiks Partei aller Voraussicht nach das wichtige Amt des serbischen Mitglieds im bosnisch-herzegowinischen Staatspräsidium an die Opposition verloren. Nach den vorläufigen Wahlergebnissen hat sich der gemäßigte Parteivorsitzende der PDP, Mladen Ivanić, gegen die Kandidatin der SNSD mit knapper Mehrheit durchgesetzt. Sein Einzug in das Staatspräsidium könnte in dieser wichtigen gesamtstaatlichen Institution, die BiH nach außen vertritt, für ein konstruktiveres Klima sorgen.

SDA und HDZ BiH als Wahlgewinner in der Föderation

In der Föderation hat die bosnjakische Partei der Demokratischen Aktion (SDA) die sozialdemokratische SDP als stimmenstärkste Partei abgelöst. Die SDA wird auch im gesamtstaatlichen Parlament mit 27,9% die stärkste politische Kraft aus der Föderation sein. Der SDA-Politiker Bakir Izetbegović wurde mit 32,8% neuerlich zum bosnjakischen Mitglied im Staatspräsidium gewählt. Einerseits hat sich die SDA in den letzten Jahren sehr glaubwürdig als gemäßigt nationale Partei der Bosnjaken im politischen Spektrum positioniert, andererseits gilt sie Vielen in der Föderation als Symbol für Machthunger und Nepotismus. Nach der Wahl von Recep Tayyip Erdogan zum türkischen Präsidenten hat Izetbegović diesen als „unseren Führer“ bezeichnet und damit für größere Irritationen in der bosnisch-herzegowinischen Öffentlichkeit gesorgt.

Viele enttäuschte Wähler der SDP, die in der letzten Legislaturperiode den Erwartungen in eine konstruktive und multiethnische Politik nicht entsprochen hat, wandten sich diesmal von ihr ab. Sie fiel mit einem Wähleranteil von ca. 10% sowohl im Parlament des Gesamtstaates als auch der Föderation auf den

Impressum:

Medieninhaber, Herausgeber und Hersteller:

Republik Österreich/
Bundesministerium für
Landesverteidigung und
Sport
Roßauer Lände 1
1090 Wien

Redaktion:

Landesverteidigungs-
akademie Wien
Institut für Friedens-
sicherung und Konflikt-
management
Stiftgasse 2a
1070 Wien

Copyright:

© Republik Österreich/
Bundesministerium für
Landesverteidigung und
Sport / Alle Rechte
vorbehalten

Periodikum der Landesverteidigungs- akademie

Oktober 2014

Druck:

HDruckZ-ASt Stift
xxxx/14

fünften Platz zurück. Von der Wahlniederlage der SDP profitierten vor allem die „Allianz für eine Bessere Zukunft“ (SBB) des Unternehmers Fahrudin Radončić sowie die multiethnisch ausgerichtete Parteineugründung „Demokratische Front“ (DF). Beide Parteien mit einem Wähleranteil von je ca. 15% im gesamtstaatlichen Parlament könnten zum Zünglein an der Waage bei zukünftigen Regierungsbildungen werden. Von den kroatischen Parteien setzte sich die nationale „Kroatische Demokratische Gemeinschaft BiH“ (HDZ BiH) gegen die vergleichsweise moderatere „HDZ 1990“ durch. Der Parteivorsitzende der HDZ BiH, Dragan Čović, besiegte seinen deutlich konstruktiveren Gegenkandidaten Martin Raguž und wurde zum kroatischen Mitglied des Staatspräsidiums gewählt. In den Kantonen mit bosnjakischer Mehrheit setzte sich die SDA durch, während die HDZ BiH in den Kantonen mit kroatischer Mehrheit die meisten Stimmen gewann.

Perspektiven nach der Wahl

Aus der gesamtstaatlichen Wahl sind in den beiden Entitäten die nationalen bis nationalistischen Parteien SNSD, SDA und HDZ BiH als Wahlgewinner hervorgegangen. Es ist davon auszugehen, dass diese drei Parteien eine Schlüsselrolle bei den kommenden Regierungsbildungen auf unterschiedlichen staatlichen Niveaus spielen werden. Große Reformen und substantielle Schritte zu einer Konsolidierung von BiH als Staat sind von diesen politischen Kräften jedoch nicht zu erwarten. Eine pro-aktive Politik der EU gegenüber BiH wird deshalb umso bedeutender sein. Einen positiven Einfluss auf die weitere Entwicklung in BiH könnte der Umstand haben, dass die bisherige Opposition im Staatsteil Republika Srpska dazugewinnen konnte und mit Ivanić ein moderater Oppositionspolitiker die Serben im Staatspräsidium vertreten wird. Auch das gute Abschneiden der aus bosnjakischen und multiethnischen Parteien gebildeten Koalition „Domovina“ (Vaterland) in der Republika Srpska sowie der multiethnischen „Demokratischen Front“ in

der Föderation BiH könnte eine neue politische Dynamik entstehen lassen.

Insgesamt bleibt noch abzuwarten, ob die alten und neuen politischen Konstellationen, die aus der Oktoberwahl hervorgegangen sind, für einen konstruktiven politischen Neubeginn ausreichen oder ob die alten Antagonismen schnell wieder die Oberhand gewinnen werden.

Empfehlungen

- Im Vordergrund der Regierungsverhandlungen sollten soziale und ökonomische Themen stehen, die für alle Bürger in BiH von Bedeutung sind.
- Konfliktträchtige politische Themen – wie eine große Verfassungsreform für BiH – wären in dieser Phase kontraproduktiv.
- Die EU sollte möglichst rasch ihre Pläne für eine neue pro-aktive Politik gegenüber BiH konkretisieren und sie wirksam werden lassen.
- Des Weiteren sollte die EU die positiven Elemente des Wahlergebnisses – wie die Wahl von Ivanić in das Staatspräsidium – als Multiplikator für eine solche pro-aktive Politik, die allen Bürgern von BiH zugute kommen würde, benutzen.
- Die Stärkung der Zivilgesellschaft bleibt eine notwendige Herausforderung, insbesondere als Korrektiv im Falle neuer politischer Manipulationen seitens der Regierenden. In diesem Zusammenhang sollten aufgetretene Schwächen (fehlende politische Strategien, teilweise chaotisch agierende Grassrootsbewegungen) angesprochen werden.
- Das exekutive Mandat der Friedenstruppe EUFOR sollte – als „Risikonetz“ – solange beibehalten werden, bis ein politischer Paradigmenwechsel hin zu einer konstruktiven und kompromissorientierten Politik in BiH klar erkennbar wird.

